REZENSIONEN

DOI: 10.1007/s00350-015-3969-3

**Aufgabenverteilung im Gesundheitswesen –
Rechtliche Rahmenbedingungen der Delegation
ärztlicher Leistungen.****Von Claudia Achterfeld. (Kölner Schriften zum Medizinrecht,
Bd. 15). Verlag Springer, Berlin Heidelberg 2014, XVI u. 306 S.,
kart., €89,99**

Die Arbeit von *Claudia Achterfeld*, eine Kölner Dissertation bei *Prütting*, ist eine umfassende, alle Facetten berücksichtigende, detaillierte Untersuchung der rechtlichen Probleme einer Delegation ärztlicher Leistungen. Sie behandelt von den Definitionen bis zu den rechtspolitischen Perspektiven sämtliche Aspekte des Themas gründlich, argumentativ überzeugend, die empirische Situation gut im Blick und immer abgewogen in allen betroffenen Rechtsgebieten. Wer sich über Delegationsfragen informieren will oder darüber arbeitet, muss dieses Buch heranziehen.

Die Arbeit besteht neben Einleitung und Literaturverzeichnis aus zwölf Kapiteln: Fragestellungen der Aufgabenverteilung, Delegationsvoraussetzungen, des Arbeitsrechts, von Besonderheiten im Pflegeheim, des Abrechnungsrechts, der Aufklärung, des Haftungsrechts, Versicherungsrechts, Beweisrechts, neuer Ansätze, des Steuerrechts und der rechtlichen Regulierung *de lege ferenda*. Ein wahrlich großes Programm, das bravurös und mit großer Übersicht und durchweg auf dem Stand der Literatur und Rechtsprechung bewältigt wird. Die Arbeit ist sehr gut zu lesen.

Nach der ausführlichen Erörterung der Grundlagen in den ersten beiden Kapiteln geht das arbeitsrechtliche Kapitel bis ins Detail und reicht vom Direktionsrecht über das Tarifvertragsrecht bis zum Verweigerungsrecht des Personals. Die Besonderheiten der Delegation in Pflegeeinrichtungen ohne ständige Arztpräsenz werden auf der Grundlage des Versorgungsauftrags unter präziser Bearbeitung der unterschiedlichen Stimmen zum Umfang des ärztlichen Weisungsauftrags überzeugend, selbst unter Berücksichtigung der Bedarfsmedikation, behandelt. Im abrechnungsrechtlichen Kapitel werden auch mögliche Folgen der Fehlabrechnung diskutiert.

Auf zwei Kapitel sei besonders hingewiesen und eingegangen: Aufklärung und Haftung. Beide Kapitel bestechen durch eine umfassende Bearbeitung. Ob man § 630e Abs. 2 Nr. 1 BGB – Delegation an einen anderen Arzt – als die bisherige Rechtsprechung nicht ändernd auslegen muss, so die Verfasserin, oder ob man ihn nicht enger oder vielleicht sogar weiter interpretieren muss, sollte unter dem Aspekt der zu vermeidenden Risikoerhöhung entschieden werden, wie die Verf. es auch an anderen Stellen der Arbeit hält. Im Zusammenhang mit der Haftung des Deleganten wird dessen Pflichtenprogramm überzeugend und selbstverständlich neben einer möglichen Organisationshaftung ausgebreitet. Bei der Delegation der Aufklärung auf nicht-ärztliches Personal – bisher eine Bastion der Ablehnung – kommt es zum Schwur: die Bastion wird nicht geschleift. Dass der ärztlich wirksam aufgeklärte Patient bei sich wiederholender identischer Behandlung nicht erneut aufzuklären ist, hat keinen Delegationsbezug. Wer allerdings die Delegationsfähigkeit der ärztlichen Aufklärung ausschließt, sollte auch keine anlassbezogene Kontrollpflicht des nicht-ärztlichen Personals statuieren. Ist die Delegation selbst aufklärungspflichtig, also die Qualifikation des Delegationsempfängers? Diese umstrittene Frage wird wohl abwägend und überzeugend anhand von Risikoüberlegungen differenziert beantwortet. Eine Parallele zur Anfängeroperationsentscheidung wird zutreffend abgelehnt. Das gilt auch haftungsrechtlich. Die Herabsetzung des Behandlungsstandards bei Delegation wird konsequent abgelehnt. Durchführungs- wie Übernahmeverschulden auf der Seite des Delegationsempfängers, vertragliche, deliktische Eigen- und Zurechnungshaftung des Deleganten werden elaboriert behandelt, die Organisationshaftung nicht vergessen. Auch dieses Kapitel ist von großer Übersicht geprägt. Die haftungsrechtlichen Ausführungen werden später ergänzt um haftungsrechtliche Einordnungen der Substitution ärzt-

licher Leistungen (ärztlicher Standard?) in der Regelversorgung (Modellvorhaben).

Die versicherungs-, beweis- und steuerrechtlichen Kapitel sind knapp und präzise; im Beweisrecht ist das Patientenrechtegesetz detailliert eingearbeitet. Neuere Ansätze zur Delegation (Substitution) werden informativ und kenntnisreich präsentiert.

Das Fazit am Ende ist ein vertrauensgeprägter Appell an die beteiligten Berufsgruppen: Selbstregulierung durch die Berufsgruppen. Innovativ ist der Vorschlag, Leitlinien als Instrument des Kompromisses im rechtlich verfassten Rahmen einzusetzen. Die Arbeit steht damit in einer Tradition verantwortungsbewusst selbstregulatorischen Arzt- und Medizinrechts. Sie sei allen mit Delegationsfragen Befassten in Wissenschaft und Praxis empfohlen.

Arztstrafrecht in der Praxis.**Von Klaus Ulsenheimer. Verlag C.F. Müller, 5. Aufl. Heidelberg
2015, XLIV u. 925 S., geb., €84,99**

Nach dem Erscheinen der Voraufgabe im Jahr 2008 hat die Neuauflage des von *Klaus Ulsenheimer* begründeten Handbuchs zum Arztstrafrecht lange auf sich warten lassen. Um es vorwegzunehmen: Das Warten hat sich gelohnt. Der Namensgeber des Werkes und Grandseigneur des Arztstrafrechts ist bei dieser Auflage von seinem langjährigen, ebenfalls in Arztstrafsachen tätigen Sozius Rechtsanwalt *Rolf Werner Bock* und von *Elmar Biermann*, seines Zeichens Justitiar des Berufsverbandes Deutscher Anästhesisten, unterstützt worden. Gegenüber der Voraufgabe hat sich der Umfang des Handbuchs nochmals um rund 200 Seiten erhöht. Die erfolgreiche und bewährte Konzeption des Handbuchs wurde beibehalten, das sich nicht nur an Rechtsanwälte, sondern auch an Ärzte richtet. Zahlreiche Fallbeispiele mit zusammenfassenden Sachverhaltsschilderungen erleichtern das Verständnis der rechtlichen Probleme, insbesondere auch für den Nichtjuristen. Das Werk ist in zwei große Kapitel gegliedert. Im ersten Kapitel wird das materielle Arztstrafrecht, ausgehend von den „klassischen“ Tatbeständen der fahrlässigen Tötung (§ 222 StGB) und fahrlässigen Körperverletzung (§ 229 StGB), behandelt. Die vielfältigen Möglichkeiten fahrlässigen ärztlichen Handelns im Zusammenhang mit Behandlungsfehlern, Aufklärungsfehlern und Organisationsfehlern werden eingehend und praxisnah erläutert. Es zeichnet den „Ulsenheimer“ aus, dass auch die zivilrechtliche Rechtsprechung zur Arzthaftung umfassend ausgewertet und beispielsweise der „grobe Behandlungsfehler“ in seiner strafrechtlichen Relevanz beleuchtet wird. Ausführlich behandelt werden auch Themen wie unterlassene Hilfeleistung, ärztliche Sterbehilfe, strafrechtliche Probleme der Organentnahme, Schwangerschaftsabbruch, Sterilisation, Verletzung der ärztlichen Schweigepflicht, Ausstellen unrichtiger Gesundheitszeugnisse, strafbare Verschreibung von Betäubungsmitteln, strafbare Werbung, Vorteilsannahme/Bestechlichkeit, Abrechnungsbetrug und (Vertragsarzt-) Untreue, um hier nur einige Beispiele zu nennen.

Im zweiten Kapitel wird die Tätigkeit des Rechtsanwalts, insbesondere die Verteidigung in Arztstrafsachen behandelt. Hierbei geben die Autoren auch wertvolle praktische Hinweise zur Verteidigung von Ärzten. Die Mandatsbearbeitung in den verschiedenen Verfahrensabschnitten wird dargestellt, wobei die vielen Hinweise zur Verteidigungsstrategie und zu den Besonderheiten bei Arztstrafverfahren sehr hilfreich sind. Abschließend werden die Rechtsfolgen arztstrafrechtlicher Vergehen unter Einbeziehung möglicher approbations-, berufs- und vertragsarztrechtlicher Konsequenzen erläutert. Letztere haben für den von einem Strafverfahren betroffenen Arzt häufig gravierendere Folgen als die eigentliche strafrechtliche Sanktion. Der Strafverteidiger eines Arztes muss diese Nebenfolgen